

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6498  
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 24 000 Exemplaren.

**Inhalt.**

Breslau. — Wie eine Arbeiterdeputation in Berlin vom Bürgermeister empfangen wird. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Verbandsteil. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Breslau.**

Die in voriger Nummer gemeldeten Maßregelungen haben in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen erregt. Fast alle großen Zeitungen haben dazu Stellung genommen, und zu einer Anerkennung des „forschen“ Oberbürgermeisters sind indessen nur die Ultra-Scharfmacherorgane gekommen. Das war natürlich nicht anders zu erwarten, und darüber regen wir uns weiter gar nicht auf. Die Kritik vieler bürgerlichen Blätter hat dem Herrn Dr. Bender wohl ziemlich bitter geschmeckt, aus sozialdemokratischer Kritik macht er sich bekanntlich nichts — und so vertheidigt er nach allen Richtungen Verhittigungen und fordert ziemlich eilig deren Aufnahme mit dem Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes.

Der Inhalt dieser Verhittigungen ist wie folgt:

1. Den Arbeitern, die am 20. Dezember 1905 den Oberbürgermeister Dr. Bender sprechen wollten, ist nicht gesagt worden, sie hätten vorfristigmäßig um eine Audienz nachzusuchen“. Ihnen wurde vielmehr gesagt, der Oberbürgermeister könnte sie jetzt nicht empfangen, weil er im Begriffe stehe, mit anderen Magistratsmitgliedern die bereits vor der Tür stehenden Wagen zu einer amtlichen Ausfahrt zu besteigen. Sie möchten ihre Wünsche schriftlich mitteilen, dann würde ihnen eine Stunde zur Besprechung bestimmt werden.

2. Der Oberbürgermeister hat zu Beginn der Besprechung den zurückgewiesenen Arbeiterssekretär Wehrlein weder einen hergeleiteten Menschen und Aquator, noch sonst irgendwie nicht-achtend genannt.

3. Der Oberbürgermeister hat nicht gesagt: „Na, die Unterschritten werden ja zum großen Teil erzwingen; und sonst tragen die Eingaben nur immer wenige Unterschriften.“ Er hat vielmehr gesagt, daß er für die Vollmacht fordern müsse, weil er ja wisse, daß in dem Verbands leinewagen hundert Arbeiter das größte Wort führten, und weil solchen erst ein Verbandsgenosse Unterschriften unter einer von ihm betriebenen Petition gefällig habe.

4. Der Oberbürgermeister hat nicht gesagt, die Stadt Breslau zahle ihren Gasarbeitern höhere Löhne als andere Städte, sondern er hat lediglich die Behauptung zurückgewiesen, daß Breslau die niedrigsten Löhne von allen Großstädten zahle. Das sei schon vor den letzten Verhandlungen nicht der Fall gewesen und treffe jetzt noch weniger zu.

5. Der Stadtbaurat Wirth hat nicht die im Artikel angegebenen Worte gebraucht. Er hat vielmehr gesagt, die Lohnverhandlung vom März auf Anfang einer Lohnzulage von 20 Pf. für das Jahr vom 1. Juli ab hätte erfüllt worden. Sodann hat die am 1. Oktober fällige Alterszulage von 10 Pf. freiwillig schon vom

1. September ab, und zwar mit je 20 Pf. bezahlt worden, wovon 10 Pf. wieder als Teuerungszulage gedacht wären. Auf Witten der Arbeiter habe man dann vom 1. Dezember ab noch eine besondere Zulage von 10 Pf. gewährt.

6. Der Oberbürgermeister hat die Deputierten nicht für den Beifall verantwortlich gemacht, den sie den Worten des Herrn Wehrlein spendet hätten, sondern für ihre Zustimmung zu verlesenden Beschlüssen, wie sie Herr Wehrlein den Arbeitern zu unterstellen liebe. Er hat dann gesagt, es sei eine Schande, wenn städtische Arbeiter sich widerspruchslos mit russischen Arbeitern vergleichen und sich deren Verhalten zum Beispiel sehen ließen. Solche Redensarten erschweren auch nur die Forderungen der Arbeiter.

7. Die Hinweisung auf die Fleischsteuerung hat der Oberbürgermeister nicht mit den angegebenen Worten abgewiesen, sondern er hat gesagt:

„Darum haben Sie doch eben zwei Lohnzulagen erhalten.“  
„Glücklicherweise wird das Fleisch auch schon billiger, und das wird hoffentlich noch mehr geschehen.“

8. Der Oberbürgermeister hat nicht gesagt: „Lassen Sie nicht ihr verhandeln hier fürchtbar ernste Sachen! Verstanden?“ Er hat den beiden Deputierten, die ihm höhnisch ins Gesicht lachten, vielmehr gesagt:

„Warum lachen Sie mir eigentlich so unmännlich ins Gesicht? Was ich sage, ist doch nicht lächerlich; es ist mir sehr ernst damit, und wenn Sie wollen, daß ich mit Ihnen verhandeln soll, so bitte ich mir ein anständiges Verhalten aus. Ich verbitte mir Ihr Lachen.“

9. Der Oberbürgermeister hat den Arbeitern überhaupt und Reichelt nicht gesagt: „Sie sollten doch froh sein, daß wir Sie überhaupt noch beschäftigen, denn Sie sind doch beide schwer bestraft.“

Als die genannten beiden Arbeiter nach Empfang des ablesenden Bescheides die Aufschuldigung gegen die Betriebsbeamten erhoben, als ob diese die guten Absichten des Magistrats vereitelten, forderte der Oberbürgermeister, daß ihm irgend ein dringender Fall angeführt werde. Dies konnten die Deputierten trotz dringender Aufforderung nicht. Als statt dessen der Arbeiter Reichelt schließlich vorbrachte, daß einer seiner Vorgesetzten den Dienst versälfen und dem Oberbürgermeister darüber falsche Anzeige erstattet habe, wies der Oberbürgermeister diese Denunziation als nicht hergehörig scharf zurück und führte aus:

An solchen bösen, grundlosen Vorwürfen und an dieser gar nicht hergehörigen Denunziation erkenne er recht, wie feindselig die Deputierten ihrerseits den Vorgesetzten gegenüber ständen, von denen sie eine wohlwollende Behandlung wünschten. Und dabei hätten doch gerade Reichelt und Reichelt keine Ursache, über Mangel an Wohlwollen bei ihren Vorgesetzten zu klagen; denn sie seien von diesen Vorgesetzten in den städtischen Dienst aufgenommen und aller Lohnminderungen teilhaftig gemacht worden, obwohl sie doch beide vor Eintritt in den Dienst — der erstere im vorigen Jahre, der zweite vor Jahren — gerichtlich wegen Eigentumsvergehen und überhaupt auch wegen Körperverletzung bestraft waren.

Als hier der Arbeiter Reichelt einwarf, es täte ihm leid, daß das hier vorgebracht werde, erwiderte der Oberbürgermeister: „Das gehört allerdings hierher, wenn Sie über Ihre Vorgesetzten so sprechen. Ich will aber mit Ihnen nicht weiter verhandeln! Gehen Sie hinaus! Sie werden entlassen!“

10. Der Arbeiter Jäger ist nicht wegen Ausübung des Wahlrechts entlassen worden, sondern weil er Unterschriften unter eine Eingabe gefällig und dies hinterher wahlrechtswidrig bestritten hatte.

Im Stadtparlamente rechtfertigte sich Herr Vender folgendermaßen:

„In der erwähnten Audienz habe er die Leute ruhig ansprechen lassen, aber wie hätten ihm die beiden später Gemahregelten höhnisch ins Gesicht gelacht! Obwohl er nicht nötig gehabt hätte, sich das bieten zu lassen, habe er auch dies noch hingehen lassen. Dann aber habe man ihm gegenüber behauptet, und da habe er, beamteten seien nicht ehelich in der Vermittlung, und da habe er, zum Schutze der angegriffenen Beamten, um die Angabe der stimmten Fakte ersucht. Dem Ersuchen sei nicht entsprochen worden, und nun habe Medner zu einem vor einem Jahre wegen Diebstahls zu einer langen Freiheitsstrafe verurteilten Arbeiter gesagt, er habe persönlich doch wäherlich keinen Anlaß zur Klage. Das Arbeitsverhältnis müsse auch ein gewisses Freizeilverhältnis sein, aber Horn von Wohlwollen und Achtung, geschweige denn Anerkennung, wohl aber Verdrehung, Mißtrauen, (Gehässigkeit usw.). Die Sozialdemokraten verführten nur die Arbeiter. (Lauter Beifall.) Wenn Beamte nur annähernd das getan hätten, was in dem hier erörterten Falle die jüdischen Arbeiter, kein Disziplinhof der Welt vermöge, sie im Amte zu halten. Die Herren Liebe und Genossen vergiffen das ganze öffentliche Leben, und das sei es, was jeden ruhigen Bürger gegen sie anbringe. Eine reaktionäre und gewalttätige Partei wie die Sozialdemokratie gebe es nicht.“ (Eine sehr originelle Bekämpfung der Sozialdemokratie! Was können unsere gemahregelten Kollegen denn dafür, daß die Sozialdemokratie nicht nach dem Geschmack des Herrn Ueberbürgermeisters ist?)

Lebhafter, allgemeiner Beifall folgte nach der „Jüdischen Zeitung“ den Worten des Ueberbürgermeisters und Stadtverordneter Simon beantragte, indem er sich für Verzicht auf Diskussion aussprach, dem Ueberbürgermeister das volle Vertrauen der ganzen Versammlung auszudrücken. Der Antrag wurde sofort lebhaft unterstützt und dann ohne Debatte angenommen.

Unsere gemahregelten Kollegen haben zwar aus dem Gedächtnis den Verlauf der Verhandlung wiedergegeben, und sie gaben zu, daß nicht alles im Bericht der „Vollstwach“, den wir in voriger Nummer reproduzierten, wörtlich genau wiedergegeben ist. Herr Vender stütze sich aber auch nur auf sein Gedächtnis. Im großen und ganzen wird das Ungeheuerliche, worüber sich alles aufregt, von ihm selbst bestätigt. Herr Vender beschuldigt den Verbandskollegen Jähler der Fälschung von Unterschriften. Diese Beschuldigung ist unwahr, und wie ein Vertreter des Verbandsvorstandes an Ort und Stelle ermittelt hat, wird Jähler den Beweis führen, daß er zu unrecht beschuldigt worden ist. Wir sind neugierig, ob mit dieser Beweisführung auch die Entlastung wieder rückgängig gemacht werden wird. — Die Forderung einer schriftlichen Vollmacht ist — gesunde ausgebrückt — sehr kurios. Dem Ueberbürgermeister stehen doch sicher die Entlastung wieder wachungsbeamten zur Verfügung, und daraus dürfte wohl zur Evidenz die Wahl der Beauftragten und deren Vollmacht zur Verhandlung sich erweisen. Der Ueberbürgermeister hält es für eine Schande, wenn städtische Arbeiter sich mit russischen vergleichen lassen, und wenn sie, wie der Ausdruck gefallen ist, eventuell auch „russisch reden wollen“. — Deswegen die Leute aufs Pflaster werfen? Wegen einer solchen Reminiszenz? Da haben wir nur eine Antwort: Entweder ist Herr Vender hochgradig nervös oder stotterreaktionär, und dann sollte er sich fürderhin nicht mehr liberal nennen.

Auf alle Fälle aber fördern solche Maßnahmen, wie Herr Vender sie beliebt, zumal das Stadtparlament sie gutgeheßen hat, ganz ungemein das Verständnis für das „Russische“ in weiten Bevölkerungskreisen.

Interessant ist Herrn Venders Meinung über die „sinken den“ Fleischpreise. Der Reaktionsär v. Grifa konnte darauf in preussischen Dreiklassenparlament am 13. Januar schon einen für die Agrarier sehr guten Witz machen.

Herr Vender weidet wieder seine alte Taktik an. Das Koalitionsrecht hat er nach seiner eigenen Meinung nicht angetastet. Des Verbands wegen ist niemand entlassen worden. Das glaubt ihm kein Mensch mehr. Unsere Kollegenchaft im Reich ist über diese Maßregelungen aufs tiefe erbittert. Solch Regiment muß doch erwerben! Das war ein starker Angriff auf Arbeiterrechte und Arbeiterlehre, und die Breslauer Kollegen erwagen im ersten Moment ernsthaft die Abwehr durch den offenen Kampf bis aufs Messer. Die Venderische Maßregelungsart war der ärgste Anreiz hierzu. Die gesamte deutsche Kollegenchaft stand geschlossen hinter den Breslauer Kollegen. Aus ganz bestimmten Gründen wurde indessen vom

Streit Abstand genommen. Die Breslauer Kollegen zeigten doch eine größere Ruhe und Besonnenheit wie ihr Ueberbürgermeister. Der in Breslau anwesende geweseene Vertreter des Verbandsvorstandes suchte um eine Unterredung beim Ueberbürgermeister nach. Er erhielt nicht einmal eine Antwort. Für uns, d. h. für die Organisation der Gemeinbarbeiter, ist die Sache noch nicht erledigt. Einstweilen werden die Opfer der Venderischen Maßregelungsucht unterdrückt. Aufgehoben ist nicht aufgehoben. Unsere Breslauer Kollegen wissen nun wenigstens, welche Verwandnis es u. a. auch mit dem „schlichten Mann aus der Werkstatt“ hat, der just in Breslau vom deutschen Kaiser aufgefordert wurde, seine Rechte und Interessen zu vertreten. Ironie der Zeitgeschichte! Die Breslauer Kollegenchaft wird in Stille eifrig und unermüdet das Werk der Organisation fortsetzen und vollenden. Herr Vender hat bewiesen, wie notwendig eine große und starke Gewerkschaft ist. Der Tag der Vergeltung wird kommen.

### Wie eine Arbeiterdeputation in Berlin vom Bürgermeister empfangen wird.

Vor wenigen Wochen wählten die jüdischen Parkarbeiter in einer Versammlung eine Deputation (alles organisierte Leute) und beauftragte diese, beim Herrn Bürgermeister Meide einige immerhin — wie die Dinge einmal lagen — nicht ganz leicht zu erledigende Sachen vorzutragen. Es handelte sich um alte, aber wichtige Anliegen, mit denen die Arbeiter schon wiederholt von der Direktion und Deputation abgewiesen worden waren. Mit Aussicht auf den sonderbaren Empfang der Arbeiterdeputation in Breslau schreibt uns ein Teilnehmer der Berliner Deputation: „Wir wurden vom Herrn Bürgermeister mit großer Freundlichkeit empfangen. Auf eine Einladung setzten wir uns um einen Tisch und der Herr Bürgermeister nahm mitten unter uns Platz. Dann sagte er: So meine Herren, nun tragen Sie Ihre Wünsche vor, wie sind hier ganz unter uns. Wir hatten folgende zwei Punkte zu erledigen:

1. Die Wohnkassa. (Einheitslohn für alle Parkarbeiter)
2. Abkündigung der Arbeitsverträge von 6-7 Uhr abends.

Beide Anliegen dieser Dinge hatte der Arbeiterausschuß sich bisher immer verächtlich bemüht und Direktion und Deputation wählten den größten Widerstand. In großen imposanten Versammlungen, in denen auch Verbandsbeamte die Kollegenchaft pflanzten, unterhielten, waren diese Forderungen aufgestellt worden. Wir mußten uns nun zu jedem Punkt ausführlich ausdrücken.

Der Herr Bürgermeister vertrat seinen Standpunkt und sagte sich dabei naturgemäß auf die amtlichen Informationen. Er hörte dabei unsere Gründe an, die ihm wohl doch neue Gesichtspunkte boten und zeigte in beiden Fragen ein wohlwollendes Entgegenkommen. Alle Einzelheiten der Unterredung wiedergegeben, wurde hier zu weit führen, aber wir wurden durch die Zusagen sehr zufriedengeestellt. Es wurden uns dann noch mehrere Fragen vorgelegt, die wir alle gewissenhaft beantworteten und beim Abschied reichte uns der Herr Bürgermeister jedem einzeln die Hand und gab uns den Rat mit auf den Weg, wenn wir in Zukunft wieder Wünsche hätten, sollten wir uns nur wieder an ihn wenden.

### Notizen für Gasarbeiter.

Machen. Wie in Berlin und anderen deutschen Städten hat die Imperial Continental Gas Association (Englische Gasgesellschaft) auch in Machen ihr Verleumdungsprivilegium. Daß in der Leitung dieser Gesellschaft kein allzu großes soziales Empfinden herrscht, ist zur Genüge bekannt. Die Macher Gasarbeiter (Stocker) verlangten im Dezember 1905 eine Lohnzulage von 15 Proz. und den Achtstundentag. Die Lohnzulage wurde zunächst bewilligt, jedoch mit der Forderung einer Mehrleistung von pro 1000 Kilogramm Stehle und pro Metrote. Die Leistungen seien angeblich zurückgegangen in den letzten drei Jahren. Die Arbeiter bestritten nun, daß ihnen durch Vorkriegs munterwertiger Stehle eine Mehrleistung unmöglich gemacht werden könnte, und daß sie dann selbst bei angestrengtester Arbeit einen Mehrverdienst nicht erreichen würden. Sie forderten daher die Annahme der Bedingung, andererseits die Arbeitsminderung zu folgen sollte. Der Beschluß erfolgte von den 79 anwesenden Arbeitern in gemeinsamer Abstimmung einstimmig. Die Gesellschaft übertrug daraufhin ihre Gegenforderung ein und wollte bei einer Erzeugung von jährlich 210 215 Kubikmeter 17 Pf., bei 220 31 Pf., bei 225 32 Pf. und bei 230 Kubikmeter 70 Pf. Zulage pro Tag gewähren. Auch dieses Angebot lehnten die Arbeiter ab, weil die Höhe der Produktion nicht allein vom Fleiß des Arbeiters, sondern wesentlich

von der Güte des Materials abhängt. Bisher betrug die stündliche Produktion im Jahre 1905 220 Kubikmeter im Durchschnitt. Da die Streckenabtragung aufrechterhalten wurde, erfolgte bedingungslose Bewilligung der 15 Proz., während die Achtstundentagsfrage bis auf weiteres zurückgestellt wurde. Die hiesigen Gasarbeiter sind bisher in kirchlich-lutherischen und in christlichen Gewerksvereinen organisiert.

**Berlin.** Der im Dezember 1905 erschienene Verwaltungsbericht pro 1904 der städtischen Gasdeputation enthält unter anderem einige interessante Darstellungen der Arbeitsverhältnisse, welche einer Erläuterung bedürfen. So ist z. B. seit Sommer 1903 eine Sonntagablenkungsricht für die Feuerhausarbeiter eingeführt, welche sich als sogenannt „Sturmrolle“ aus den Gasarbeitern zusammensetzt. Am Bericht wird dieses System als „bewährt“ anerkannt; trotzdem hat man sich für die Wintermonate nicht zur Einführung entschließen können, sondern läßt die Feuerarbeiter wieder in 15 stündiger unmittelbarer Wechselrhythmus. Darüber wird allerdings im Bericht mit Schrecken hingeworfen. Da so viel gefährlichen schädlichen Motoren werden ein verhältnismäßig langsames Fortschreiten gegenüber den geraden auf 11,1 Prozent. Den Arbeitern war früherzeit gesagt worden, daß die Einführung der schädlichen Motoren eine ganz erhebliche Arbeitsentlastung bedeute, aber die Meinungen sind auch heute noch sehr geteilt darüber. Jedenfalls ist die 15 stündige Schicht an schädlichen oder geraden Motoren eine Ungeheuerlast; und die Krankenziffern sind ein bedrohliches Zeugnis für die unabweislichen Folgen dieser gesundheitsschädlichen Schichtarbeit. Dafür hat der Gasarbeiter nach zehn Jahren fünfzehn Zehntel seines Durchschnittslohnes als Pension. Daß der Magistrat; aber auch hier sieht die Sache nicht gar so glänzend aus. Von 1196 im Jahre 1904 beschäftigten Gasarbeitern sind ganze 832, welche mehr als zehn Jahre hinter sich haben.

Eine Revision der Löhne ist im September 1904 erfolgt, wie der Bericht rühmend hervorhebt. Dabei ist bemerkt worden mitzuteilen, daß sich diese Revision anfangs nur auf die schon besser bezahlten Kategorien, auf die Föhrer, die Arbeiter und daß es erst eines gewissen Vorstoßes seitens der organisierten Gasarbeiter bedurfte, um für die Gasarbeiter eine Erhöhung von 20 Pf. — von 3,50 bis 4 Mk. auf 1 bis 1,20 Mk. — durchzusetzen. Die Auszahlung dieser 20 Pf. pro Tag erfolgte erst seit Mitte Dezember 1904.

Der Bericht erwähnt auch den Sommerurlaub, welcher „schon“ nach fünfjähriger Beschäftigung bei den Gaswerken unter Fortzahlung des Lohnes gewährt wird. Die Kosten haben sich gegen das Vorjahr fast verdoppelt und betragen 40510,34 Mk. gleich 10 Mk. pro Arbeiter. Bei einem 117 Millionen Gasetat ist das nicht gerade als Belastung zu bezeichnen und die zehra 6 1/2 Millionen Ueberfluß lassen es als gutes Recht der Arbeiter erscheinen, einen höheren Arbeitslohn, kürzere Arbeitszeit und 7 ten nach einem Zehnjahre zu verlangen. Auch die Zahl von 32 Unfällen pro 1904 gibt kein objektives Bild, weil hier nur die entscheidungs-pflichtigen Fälle in Betracht gezogen sind. Unfälle, welche einige Tage, Wochen und Monate dauern, sind auf den Gesamtlohn recht häufig. — Für die Verwaltung beachnend ist die Beurteilung durch das Gewerbeamt zur Ausstellung eines Zeugnisses für den Feuerarbeiter z., welches auf Veranlassung der Organisation angetragen wurde. Wenn der Bericht endlich hervorhebt, daß pro 1000 Kubikmeter produziertes Gas 33 Pf. weniger an Betriebs- und Verwaltungslohn ausgespart worden sind, so kann getrost dafür gehalten werden, daß es geknnt, die Arbeiter noch intensiver als bisher anzuspannen. Hier glänzt besonders die Anzahl IV (Zanzerstraße), wo die Inorganisierten noch in der Mehrzahl sind. Alles in allem haben die Berliner Gasarbeiter eine schwere, herperzerrüttende Arbeit zu verrichten.

Die Laternenwärter in Seidelberg fordern 1. 70 Mark Anfangslohn monatlich, für die weiten Touren 75 Mark. Für Ersatzlohn 25 Mark monatlich. 2. Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Monatslohn auf drei Monate. 3. Alle 20 Wochen eine Freimacht, möglichst Sonntags. In Kaufkraft in Sachsen, so jedoch keine Zeh in der „Weißheit“, verlangen Frauen das Laternenanzünden. Obgleich der Ort ein hart frequentierter Badeort ist, hat man doch noch Petroleumlampen zur Straßenbeleuchtung. Die Frauen haben mit den Laternen zu fassen, zu putzen, sie anzuzünden und anzulöschen. Mit der Leiter auf der Schulter, der Petroleumlampe und dem Fußstapfen in der Hand, ziehen sie am Tage von Laterne zu Laterne, um sie zu fassen und sauber zu machen. Des abends achts wieder mit der Leiter auf dem Rücken zum Anzünden, und mitten in der Nacht, zwischen 1 und 2 Uhr, werden die Lampen gelöscht, da heißt es wieder die Leiter schleppen, um das Anzünden zu besorgen. Für ihre Arbeit erhalten die Frauen pro Laterne 3 1/2 Pfennig. Welch „nobler“ Arbeitgeber doch die Kommune ist! Wie „nobel“ die Verwaltung ist, kann man erst dann ersehen, wenn man die Zeit zusammennimmt, die die Frauen auf ihre Arbeit verwenden müssen, und beachtet, daß sie die halbe Nacht unterwegs sind, also meistens richtigen Nachtschlaf erhalten. Dazu kommt noch das Unangenehme der Arbeit selbst. Mit der Leiter jedoch Straße zu Straße schleppen, in Wind und Regen, bei Hitze und Frost. Eine Frau verpöndete uns, daß sie bei starkem Wind und gar

erst bei Sturmwitter sich nur mit äußerster Mühe auf der Leiter zu halten vermochte. Erklärlich genug. Pöndet doch mit die Kleidung der Frau dem Wind und Sturm eine besondere Angriffsfläche. Ihr winziges, so bitter-sauer erworbenes Einkommen haben die Frauen mit 11 Mark 85 Pfennig zu verteuern. Die Kommune zahlt er-bärmlich, aber „Vater Staat“ muß auch hiervon noch seinen Dappen haben. Die Hamburger Laternenwärter erhalten noch immer keine Bezahlung für ihren Patrouillendienst. Im Sommer gehen dabei zwei und im Winter vier Stunden pro Woche drauf. Das sind jährlich über 100 Arbeiterstunden pro Mann, die umsonst dem Staat geleistet werden müssen. Die Hamburger Laternenwärter klagen schon lange über diesen Mißstand. Sie sollten sich besser organisieren, dann wird's auch besser!

**Mün.** Unsere Bewegung hatte hier einen schnellen Erfolg. Der Achtstundentag wird ab 1. April d. J. eingeführt. Die Wechselrhythmuserteilung erfolgt nach Chemnitzer Muster. Der Lohn der Gasarbeiter steigt vom 1. April d. J. ab um 20 Pf. pro Tag. Die jüngeren Arbeiter, die jetzt 3,40 Mk. haben, werden dann 3,60 Mk. beziehen und die älteren steigen von 3,60 Mk. auf 3,80 Mk.

**München.** Am 26. Dezember fand im „Walterhof“ die Sektionsversammlung der Gasfabrik Talsirchnerstraße statt, in welcher Wechselrhythmuserteilung erfolgt nach Chemnitzer Muster. Der Lohn der Gasarbeiter steigt vom 1. April d. J. ab um 20 Pf. pro Tag. Die jüngeren Arbeiter, die jetzt 3,40 Mk. haben, werden dann 3,60 Mk. beziehen und die älteren steigen von 3,60 Mk. auf 3,80 Mk.

Die Neuwahl der Sektionsleitung ergab folgendes Resultat: Sektionsführer Jos. Schmit. Vertreter Val. Grottinger, Schriftführer Leonh. Niedmeier, Revisor Ederl und Pflü.

Sektionsführer Schmit zog an der Hand der Agitationschrift „Die Bewegung der Gemeinde-Arbeiter“ eine Parallele zwischen München und Berlin und konstatierte, daß man am Anfang der Bewegung in Berlin bei der erstmaligen Erhebung eines Lokal-nachschlages dieselben Schwierigkeiten durchzumachen hatte, wie in München. Es sei erfreulich, daß die Prophezeiung der Opposition, „der Verband gehe damit in Trümmer“, sich auch in München nicht erfüllt hat.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten forderte Hoff, Sebald die Versammelten auf, nicht zu ruhen, bis auch der letzte Mann in den Reihen des Verbandes stehe.

Wenn jeder Kollege in seinem Kreise in diesem Sinne wirkt, so wird dem Ausschusse damit die Arbeit erleichtert und der Erfolg kann nicht ausbleiben.

Nach Besanltgabe des Resultats eines ausgegebenen Fragebogens betr. Einführung der Familienversicherung wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Desabends fand am 27. Dezember je eine Versammlung für die Nacht- und Tagelöhner des Gaswerkes Nördheim statt.

Sebald sprach über das Thema: „Was lehrt uns der Augsburger Gasarbeiterstreik.“

Redner zog eine Parallele zwischen der in Forstheim und Augsburg eingeschlagenen Taktik und kam zu dem Schluß, daß die Augsburger gerade durch ihre Taktik sehr vorteilhaft abgemessen hätten. Am übrigen wurden die Kollegen aufgefordert, bei dem Fortschritt, den die Organisation im Gaswerk Nördheim langsam aber sicher macht, recht kräftig mitzuhelfen, damit wir auch im Gaswert Nördheim recht bald bessere Verhältnisse haben.

Zur Bierfrage, welche im Auftrage der Gauvereine-Vereinigung unter großem Medefall der Versammlung planmäßig zu machen verstanden: Da die Wirte auch organisiert (zur Vertretung der Lebensmittel!) seien, sollten die Gasarbeiter aus Solidarität (!!!) das Bier, das sie infolge großen Konsums um 2 Pf. pro Liter billiger bekommen, zum vollen Preise (24 Pf. pro Liter) bezahlen und so weiter. Kollege Sebald erklärte den Wirten, daß sie ganz entschieden an der falschen Ecke angefaßt haben, die Arbeiter würden nie freiwillig mehr bezahlen. Es würde auch für die zurzeit liegenden Wirte gefährlich sein, den Preis zu erhöhen, denn die Nachbarn würden nur auf diese Gelegenheit warten und dann ihrerseits billiger liefern, so daß die jetzigen Lieferanten enorm geschädigt wären. Entgegen der Ansicht der Wirte habe hier auch nicht die Organisation oder Solidarität zu sprechen, sondern das Recht der Momente, dort zu laufen, wo ihm dies am vorteilhaftesten erscheint. (Siehe Moniumvereine.)

Anmerkung: Die Wirtshauswirte in der Nähe der Fabrik liegen sich wegen der Bierlieferung an die Gasfabrik beständig in den Haaren; es ist deshalb notwendig, endlich einmal in der Fabrik selbst eine Mantine zu errichten, damit diese unliebhamen Auseinandersetzungen endlich aufhören.

**Wand-ber.** Die Erhöhung der Löhne der Arbeiter an der städtischen Gasanstalt wurde von den Stadtcollegen beschlossen und wurde der Stundenlohn für ungerichte Arbeiter von 35 Pf. auf 37 Pf. und der Lohn der Schichtarbeiter um 30 Pf. pro Schicht erhöht. Vom 1. Dezember ab soll auch der Stundenlohn der übrigen städtischen Arbeiter von 35 Pf. auf 37 Pf. aufgehoben werden. Mit dieser Maßnahme erklärte sich der einzige Vertreter der Sozialdemokratie im Stadverordnetenkollegium, Herr Kogrove, nicht einverstanden, weil ihm die Aufbesserung zu geringfügig erschien.



### Aus unserer Bewegung.

**Berlin.** Gruppe Revier-Inspektionen hielt am 14. Dezember 1905 eine mäßig besuchte außerordentliche Generalversammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Der Kampffonds der Gasarbeiter. Referent Agmann. 2. Diskussion event. Abstimmung. Der Referent begründete die Notwendigkeit des Kampffonds in längeren Ausführungen. Nach einer lebhaften Diskussion wird der Antrag, eine Urabstimmung in den Revieren vorzunehmen, mit großer Mehrheit angenommen. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten in den Revieren wird die Versammlung um 11<sup>1/2</sup> Uhr geschlossen.

**Berlin IV. Mariendorf.** In einer sehr gut besuchten Betriebsversammlung der Arbeiter des Gaswerkes der A. G. W. A. referierte Genosse Henning über das Thema: „Aus der Geschichte der Sozialdemokratie“. Am Schlusse seines mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages kennzeichnete Genosse Henning besonders das zweideutige Verhalten der Sächsisch-Ländischen Gewerksvereine, die sich stets bereit finden lassen, den modernen organisierten Arbeitern in den Rücken zu fallen. Den deutlichsten Beweis hierfür gab der folgende Bericht des Arbeiterausschusses. Das Komitee des Arbeiterausschusses, Nowaki, Mitglied des Sächsisch-Ländischen Gewerksvereins der Fabrik- und Landarbeiter, stimmte gegen sämtliche Anträge des Ausschusses, mochten dieselben nun die Verbesserung hygienischer Einrichtungen oder Lohnaufbesserungen betreffen. Der Tanz der Verwaltung blieb dem auch nicht aus. Trotz der gegenteiligen Bestimmungen der Arbeitsordnung steht den Mitgliedern der Sächsisch-Ländischen Organisation das Recht zu, nach Belieben für ihre Organisation zu agitieren, während z. B. die Mitglieder des Verbandes der sächsischen Arbeiter mit Entlassung bedroht werden. In der Angelegenheit Nowaki nahm die Versammlung nachstehende Resolution einstimmig an: Die heutige Betriebsversammlung des Gaswerkes Mariendorf spricht dem Komitee des Arbeiterausschusses Nowaki ihre scharfe Mißbilligung über sein Verhalten in der letzten Sitzung des Arbeiterausschusses aus. Die Versammelten erklären, daß seine Ansichten sich nicht mit denen eines Arbeitervertreters vereinbaren lassen und ersuchen den Nowaki um sofortige Niederlegung seines Mandates.“ — Scharf wurde die einseitige Stellungnahme der Verwaltung kritisiert, die in jeder Weise die Mitglieder des Verbandes zurücksetzt. Sie setzt sich damit in Widerspruch mit der Direktion, die ausdrücklich und zu verschiedenen Malen erklärt hat, daß Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation nicht benachteiligt werden sollen.

**Berlin X. Köhpenhlem und Dörfliche Beleuchtung.** Sektionsversammlung am Sonntag den 10. Dezember 1905. Nach einem Rückblick auf das vergangene Jahr wurde die Sektionsleitung neu gewählt, und zwar Mehr, Sektionsleiter; Wesselowski, Stellvertreter; Bergmann, Kassierer; Arcus, Stellvertreter; Jörner, Schriftführer; Züg, Stellvertreter. Als Beitragsammler werden fungieren: Wesselowski, Jörner, Dombel, Widow, Arcus, Langner, Schulz und Reiser. Aus den Verhandlungen verdient hervorgehoben zu werden, daß die Sektion jetzt 171 Mitglieder zählt. Das sei aber noch lange nicht genug, da circa 48 Kollegen in den fraglichen Betrieben beschäftigt sind. Das Jahr 1906 müsse einen entschiedenen Aufschwung bringen. Die Versammlungstage der Sektion bleiben unverändert. Nachdem noch Stellung genommen wurde zu einigen sehr unsolidarischen Kollegen, wurde die Frage des Unterhaltungswehens in unserem Verbands distinkt und die Erwerbslosenunterstützung sehr empfohlen. Die Frage soll indessen später weiter erörtert werden.

**Halberstadt.** In Halberstadt schloß sich eine größere Anzahl von Kollegen unserem Verbands an. Viel Glück und Erfolg den Halberstädter Kollegen!

**Königsberg i. Pr.** Versammlung am Sonntag, den 10. Dezember. Zum ersten Punkte der Tagesordnung — „Unsere Lohnbewegung“ — wurde ausgeführt:

Im Jahre 1877 bestanden die sächsischen Betriebe ungelernete Arbeiter mit 16 Pf., gelehrte mit 20, ja in einigen Fällen sogar mit 18 Pf. Anfangslohn ein. Bei dem Wofferaut erhielten gelehrte Arbeiter damals ausnahmsweise 30 Pf. Stundenlohn, obwohl die älteren Arbeiter anderer Betriebe in der Gasanstalt nur 25 Pf. erhielten. Selbstverständlich kamen die Gasanstaltsarbeiter um eine Lohnerhöhung an, und was geschah? Den Arbeitern des Wofferautes wurden 5 Pf. pro Stunde abgezogen und die Gasanstaltsarbeiter nichts! Die Verhandlungen waren bis in die letzte Zeit so gerät, daß sie mit der Drohung der wirtschaftlichen Verfallnisse durch uns nicht zurecht kamen. Gant es doch ver, daß nach mehrmaligem Einlen einzelner Arbeiter endlich 1/2 Pf. pro Stunde Zulage gewährt wurde. Die Behandlung aus bürgerlichen Kreisen, daß der sächsische Arbeiter sich bedeutend besser fühle, als der Arbeiter in Betriebsbetrieben, wurde scharf zurückgewiesen, denn einen erwachsenen Mann verdient ergebe der sächsische Arbeiter nur durch eine unvernünftige lange Arbeitszeit, die in gar nicht wenigen Fällen bis über 100 Arbeitsstunden pro Woche betragen habe. Der mit der Zeit immer größer werdende Unterschied zwischen dem Lohn der gelehrten und ungelerneten Arbeiter ist dabei aufzuführen, daß die letzteren sich früher organisiert haben. Die sächsischen Arbeiter müssen eine größere Tätigkeit entwickeln, um den jetzt schon bestehenden Verband noch mehr zu stärken, so, daß derselbe eine Macht

werde, mit der jeder rechnen müsse. Die sächsischen Arbeiter sind, nachdem der Verband durch Fragebogen Material gesammelt hatte, in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wurde ein Tarif aufgestellt und die bestehenden Arbeiterausschüsse der sächsischen Betriebe zu einer Sitzung einberufen, in der die näheren Bestimmungen festgelegt werden sollten. Hier lehnte es nun der Ausschuss des sächsischen Elektrizitätswerkes unter Führung des „Arbeitervertreters“ Gröblich ab, im Beisein von Mitgliedern des Verbandes, die nicht sächsische Arbeiter sind, zu verhandeln. In einer späteren Sitzung der Arbeiterausschüsse wurden verschiedene erhebliche Änderungen — die gerade nicht Verbesserungen waren — an unserem einseitigen Lohnvertrag vorgenommen. Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, eine offizielle gemeinsame Sitzung sämtlicher bestehenden Arbeiterausschüsse einzuberufen. Gleichzeitig wurde der Magistrat ersucht, in dieser Sitzung durch den Herrn Oberbürgermeister und den zu den Betrieben gehörigen Vertretern und Betriebsleitern vertreten zu sein, um die Forderungen und Wünsche der Arbeiter entgegenzunehmen und darüber zu verhandeln. Nach kurzer Zeit erhielten die Ausschüsse einen ablehnenden Bescheid, und zwar begründet durch die gegenseitigen Vorurteile betreffend die Arbeiterausschüsse, und den verschiedenen, in den einzelnen Betrieben bestehenden, durch die Verschiedenartigkeit der Betriebe bedingten Sonderinteressen der Arbeiter; jedoch wurde in dem Bescheiden von dem Herrn Oberbürgermeister zugesagt, daß er bereit sei, in kürzester Zeit mit den einzelnen Ausschüssen zu verhandeln.

In der Diskussion wurde hauptsächlich durch die Genossen Crispian und Kallied das Verhalten der Ausschüsse, besonders des Herrn Gröblich, scharf kritisiert und getadelt. Hauptsächlich wurde die Verabredung der Lohnforderung und die Forderung von Verlängerungen und in verschiedener Mäßigkeit gestellten Minderungsleistungen als nicht annehmbar bezeichnet. Da nun aber die Sache einmal im Gange sei, wurde in Erwägung gezogen, ob es ratsam erücht, die Ausschüsse schon jetzt auszuscheiden, und man kam zu dem Beschlusse, erst mal abzuwarten, was aus den Verhandlungen der Arbeiterausschüsse mit dem Magistrat herauskommen werde. Es wurde von der Versammlung darauf einstimmig folgender Antrag angenommen: Die Ausschüsse zu verpflichten, für die jetzt gestellten Forderungen voll und ganz einzutreten. Sollte der Magistrat den jetzt gestellten Forderungen zustimmen, so behält sich der Verband vor, wenn im nächsten Frühjahr durch die neuen Handelsverträge die Lebenshaltung noch mehr verteuert wird, weitergehende Forderungen zu stellen. Punkt 2 der Tagesordnung war Urabstimmung über die Gründung eines Fonds zur Erreichung des Achtstundentages bei der Gasanstalt. Den verschiedenen Rednern wurde betont, daß der Achtstundentag nicht nur die Forderung der Gasanstaltsarbeiter, sondern auch sämtlicher übrigen sächsischen Arbeiter und der gesamten Arbeiterschaft überhaupt sei. Es wurde beschlossen, durch die Verteilung von Abstimmungszetteln eine Reichhaltigkeit herüber herbeizuführen. Nachdem noch ein Redner zu größerer Beteiligung an dem hiesigen Konjunkturverein aufgefordert hatte, ergriff Genosse Crispian zum Schluß das Wort, um die sächsischen Arbeiter nochmals zu engerem Zusammenhänge aufzufordern und auf die Arbeiterzeitung hinzuweisen, die von den Arbeitern noch immer nicht genügend unterstützt wird. Sodann forderte Redner die Anwesenden auf, sich vollständig an die demnach stattfindende Arbeitervertreterwahl zur Erstrundentage zu beteiligen. Dann schloß der Vortragende die Versammlung mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf den Verband der sächsischen Arbeiter.

**Landshut i. Bayern.** Der Stadtmagistrat Landshut ist vom Amtsgericht dahin befohlen worden, daß es nicht angängig ist, nach Willkür und Laune den nächstbesten Arbeiter, der sich in sächsischen Diensten um karalichen Lohn für das Wohl der geliebten Gemahlinde schmeißt, ohne weiteres aufs Pfahle zu werfen. Und das gung so zu: Bei dem Aufschlagen der Fallmühle, wobei der Magistrat auch für den Stadtsäckel ein Geldstück wahr, sollten mehrere Arbeiter überhand machen, was ne jedoch verweigerten, da sie sich mit Recht sagten, daß das Stadtkonamt wohl nicht konnte, wenn mit der Arbeit zu beginnen ist, am rechtigsten fertig zu werden. Als am anderen Morgen die Leute wieder zur Arbeit kamen, wurde einer nicht mehr zugelassen. Dieser eine war eben den schwebigen Partieren des Pannabls sehr ungenau, da er schon über Mangel anstellten verstand. Aber der hohe Magistrat will sich von der Freie keine Kritik vertragen, viel weniger erst von einem Tageslohn! Also, der arme Teufel lag draußen und der scheinbare Pächter freute sich seines Zieles, hintermalen er nun seinen „Arbeiter“ und „Mühler“ mehr unter seinen Getreuen hatte. Der Gemahlinde reichte aber Gulle beim Gebirgsgericht. Der Feindliche, Rednerat Tufsch, schauzte aber den Rechtsfindenden ab, wobei er noch bemerkte, er werde dafür sorgen, daß er bei dem Magistrat und beim Stadtkonamt überhaupt keine Arbeit mehr erhalte, und bewies ihn, ohne Gerichtsbescheid, natürlich, an das Amtsgericht. Hier Verhandlungen waren nötig, um des hiesige Selbstbewußtsein der Stadtwahlverwaltung zu brechen. Alles mußte herhalten, um die Entlassung des Arbeiters als gerechtfertigt erscheinen zu lassen. So gar vor Augen schaute man nicht zurück. Doch alles half nichts. Die angeborenen Feigen blieben aus. Die wahrheitsliebenden Partieren mußten schließlich selbst zugeben, daß sie ihren Angehörigen in dieser

Ungelegenheit etwas vorerfüllt hatten. Natürlich hatte der Vertreter der Stadt, Rechtsanwalt Stangelmayer, einen harten Stand, zumal sogar das Verhalten des Magistrats bei der vergangenen Gewerbegerichtswahl vom Vorsitzenden, Herrn Oberamtsrichter Fischer, als uninteressant bezeichnet wurde. Die Stadtgemeinde wurde verurteilt, an den Hinausgeworfenen 2,20 Mk. nebst einem Teil der Kosten zu zahlen, da sie auch nicht mehr Recht hat, als jeder andere Arbeiter.

Dieser Vorgang wirkte etwas ermunternd auf unsere Kollegen in Landskron ein und sie schloßen sich unserem Verbande an. Den neuen Kämpfern unseren brüderlichen Gruß!

**Stettin.** Mitgliederversammlung vom 7. Dezember 1905. Tagesordnung: 1. Diskussion über Anstellung eines Sozialbeamten. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Nachdem der stellvertretende Kollege Seiffert die Versammlung eröffnet hatte, wurde vom stellvertretenden Schriftführer, Kollegen Diehle, das Protokoll vorgelesen, welches für richtig befunden wurde. Der Kollege Nisch sprach betreffs des Sozialbeamten und schlug den Kollegen Volland vor, mit der Begründung, daß diese Stellung dem Kollegen zu kommen sei, da er durch seine Verbandstätigkeit keine Arbeit verloren habe. Kollege Gründemann sprach sich dagegen aus, da er den Kollegen Volland nicht für den Posten geeignet finden kann. Nach längerem Ausinandersprechen wurde abgestimmt und der Antrag Nisch nebst Resolution gegen eine Stimme angenommen. Ebenfalls wurde der Antrag, den Beitrag um 5 Pf pro Woche zu erhöhen, gegen 5 Stimmen angenommen. Kollege Ziegenburg stellt den Antrag, den in Nr. 25 der „Gewerkschaft“ vom Schriftführer der Section I falsch ausgeführten Bericht folgendermaßen richtig zu stellen: „Wir haben in der Ausdehnung besprochen, die Lohnung monatlich zu berechnen und die Zahlungsperiode am 15. und am dem Tage vor dem 1. eintreten zu lassen. Sollten die Zahlungen auf einen Sonntag fallen, dann hat die Zahlung einen Tag früher zu erfolgen. Nach Erhebung zweier Interimas fand die Versammlung ihr Ende.“

#### Ausland.

**St. Gallen.** Nach einem Referat von Redakteur Weber konstituierten sich kurz vor Weihnachten 1905 Vertreter des Personals der städtischen Polizei, des Tram, des Postamtes und des Gas- und Elektrizitätswerkes zu einem Verband der städtischen Angestellten und Arbeiter. Das Komitee erhielt den Auftrag, eine Verbesserung der Lohnverhältnisse anzustreben.

### Aus den Stadtparlamenten.

**Frankfurt a. M.** Zur Verbesserung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter beantragte der Magistrat Mehraufwendungen im Gesamtbetrag von 151000 Mk. Bei Beratung dieser Vorlage beantragten jedoch die Sozialdemokraten außerdem, den Mindestlohn der städtischen Arbeiter, der bisher 3,40 Mk. beträgt, auf 4 Mk. zu erhöhen. Dieser Antrag wurde vom Magistrat lebhaft bekämpft, denn er würde auch eine entsprechende Erhöhung der übrigen Löhne bedingen und eine Ausgabe von mehr als 300000 Mk. verursachen. Schließlich wurde der Antrag zur Verbesserung an einen Auschuß verwiesen. Für Kamilien mit 3 bis 4 Kindern beantragte der Magistrat einen Mietszuschuß von 60 Mk., bei mehr Kindern von 120 Mk. jährlich. Dieser Mietszuschuß wurde auf 100 Mk. und 150 Mk. erhöht.

**Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dezember 1905.** Unter dem Vorsitz von Dr. Möller, später von Dr. Kammerer wurde über die Löhne der städtischen Arbeiter debattiert. Der Magistrat hat die Löhne am 1. April aufgehoben und eine Reihe von Veränderungen der Arbeitsbedingungen vorgenommen. Der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Sonderauschuß hat neben der Beamten- und Lehrervorlage auch die Lohnverhältnisse der Arbeiter eingehend beraten und stellt eine Reihe von Abänderungen an den Magistrat.

Zunächst gab es eine weitläufige allgemeine Auseinandersetzung, in der der Stadtverordneter Dr. Pfund hervorhob, daß die Beschlüsse des Ausschusses einmütig oder mit erheblicher Mehrheit gefaßt wurden. Es handelt sich um keine Forderungen, sondern um eine Aufkündigung. Die Stadtverordnetenversammlung darf sich nicht so gegenüber dem Kompetenzverwand des Magistrats verhalten — das große Gebiet der Arbeiterfrage nicht entscheiden lassen. Die Erhöhung der Arbeiterlöhne steht im Zusammenhang mit den Beamten- und Lehrervorlagen. Was der Magistrat den Arbeitern gewährt hat, ist nicht gering. Straßburg ist bereits viel weiter gegangen und hat eine verblühende Lohnliste geschaffen. Auch wenn die Forderungen des Ausschusses angenommen werden, ist Straßburg immer noch voran. Unser Ziel muß sein, aus den städtischen Betrieben Winterbetriebe zu machen.

Stadtv. Hüttmann schloß sich den Ausführungen des Referenten an und erklärte, daß die Zulage von 151000 Mk., die der Magistrat für die Arbeiter bewilligt, bereits durch die Verbesserung aller Lebensmittel ausgeglichen sei. Die Jahresausgaben eines Arbeiters

mit drei Kindern betragen mehr als 1350 Mk., während zum Teil nur ein Tagelohn von 3,40 Mk. gezahlt wird. Wir beantragen deshalb einen Minimallohn von 4 Mk. im Tag für ständige und unständige Arbeiter. Man glaubt gar nicht, wie leicht die Arbeiter zufrieden zu stellen sind. Nur muß man es ihnen ermöglichen, ihr Auskommen zu finden.

Stadtv. Heil brachte Beschwerden von Hafenarbeitern vor und verlangte die Errichtung von Arbeiterausschüssen in allen städtischen Betrieben.

Stadtv. May legte dar, daß der Lohn sich nach Angebot und Nachfrage richte. Es ergibt sich deshalb ganz von selbst, daß die Stadt so viel zahlen muß, wie die Privatindustrie, sonst bekommt sie keine Arbeiter.

Stadtv. Dr. Luard ergänzte durch zahlreiche Einzelheiten die Ausführungen Hüttmanns.

Stadttrat Dr. Matti erwiderte den sozialdemokratischen Rednern und dem Stadtv. Heil. Er erklärte weiter, der Magistrat sei der Meinung, daß die Stadt ihren Arbeitern so viel bezahlen müsse, wie der beste Privatunternehmer. Mehr zu tun, verbiete die Rücksicht auf die Steuerzahler. Die Stadt Frankfurt kann in der Arbeiterfürsorge sich mit jeder Stadt messen. Sie ist im Jahre 1897 mit der Schaffung einer Lohnliste allen anderen vorangegangen. Die Mehrkosten betragen 151000 Mk. Das Jahr 1900 brachte eine weitere Erhöhung von 35000 Mk. und die jetzige Aufbesserung erfordert 151000 Mk. Insgesamt wurde in acht Jahren um 123000 Mk. aufgehoben. Hier liegen also die Verhältnisse ganz anders wie bei den Beamten und Lehrern, die seit längerer Zeit keine Erhöhung erhielten. Wenn der Antrag Hüttmann angenommen wurde, so entstände allein bei den ständigen Arbeitern eine Mehrausgabe von 311000 Mk. Nach einer Aufstellung des statistischen Amtes erhalten von den im Tagelohn Bezahlten — die übrigen stellen sich besser — 42,11 Proz. mehr als 4 Mk., 47,62 Proz. zwischen 3,50 Mk. und 4 Mk. und nur 9,32 Proz. 3,40 Mk. und 3,50 Mk. Außerdem haben die städtischen Arbeiter den Vorteil, daß die Feiertage bezahlt werden, daß ein Zuschuß zum Krankengeld gegeben, der Lohn bei militärischen Übungen weiterbezahlt und daß eine Pension gewährt wird. Wir glauben, daß wirklich alles geschieht, was geschehen kann. Die Arbeiter waren auch ganz zufrieden, wenn sie nicht beständig von sozialdemokratischer Seite „aufgestört“ wurden.

Stadtv. Dr. Hender führte Beispiele an, in denen die Lohnliste angeblich nicht eingehalten werde. Der Antrag Hüttmann würde allerdings eine zu hohe finanzielle Belastung bringen. Vielleicht findet sich ein gangbarer Mittelweg.

Stadtv. Goll trat für einen Mindestlohn von 4 Mk. für die ständigen Arbeiter ein. Dagegen handelt es sich bei den unständigen Arbeitern um Leute, die zum Teil nicht mehr voll arbeitsfähig sind. Man würde ihnen mit dem Mindestlohn einen schlechten Dienst erweisen, denn sie würden dann gar keine Unterkunft mehr finden. In einer längeren Rede gegen Stadttrat Matti erklärte Stadtv. Hüttmann, daß es in den letzten Jahren allerdings besser geworden sei. Man habe eben einen Fortschritt in der sozialen Erkenntnis gemacht. Es wäre aber ein Fehler, wenn man jetzt stehen bleiben wollte.

Nach weiteren Bemerkungen der Stadtv. Heil und Dr. de Barth wies Stadttrat Dr. Matti gegenüber verschiedenen Äußerungen darauf hin, daß die Einweisung in die Lohnliste im Jahre 1897 nicht mit rückwirkender Kraft erfolgte.

Stadtv. Barthel sprach sich entschieden für einen Mindestlohn von 4 Mk. aus, der bei den heutigen Lebensverhältnissen zum Leben notwendig sei. Die Lohnliste enthalte durchaus denkbare Bestimmungen, deshalb sei die Festlegung des Mindestlohnes — aber nur für die ständigen Arbeiter — erforderlich.

Erbürgermeister Adies: Die heutige Debatte stimmt mich sehr melancholisch. Wenn wir nach so langen Verhandlungen auf die Grundfragen der Lohnliste zurückgeführt werden, so weiß ich wirklich nicht, wie wir uns einigen sollen. Die Einweisung in die Lohnliste muß von 1897 an berechnet werden. Jede Abweichung von dieser Regel würde große Unrechtfertigkeiten bringen. Ich warne dringend davor, auf Grund ungenügenden Materials einen Mindestlohn von 4 Mk. zu beschließen. Nur die unterbreitenden Familien wird durch den Mietszuschuß besonders geliebt. Der Verlust wäre

Das erkläre ich mit aller Bestimmtheit — undurchführbar. Seine Annahme würde der Autorität der Versammlung schaden. Eventuell können in der Kommission weitere Zahlen gegeben werden.

Stadttrat Dr. Matti: Es geht nicht, den Mindestlohn auf 4 Mk. festzusetzen, ohne gleichzeitig alle anderen Löhne um 60 Pf. zu erhöhen. Sonst würde mit Recht die größte Unzufriedenheit entstehen. Die Kosten dieser Erhöhung würden allem 301000 Mk. ausmachen.

Nach weiteren Bemerkungen der Stadtv. Dr. Hender, Goll, Nicolai, Dr. Michheim und Dr. Pfund kam man endlich am acht Uhr zur Abstimmung. Stadtv. Hüttmann zog seinen Antrag bezüglich der unständigen Arbeiter zurück. Der so veränderte Antrag wurde an den Auschuß verwiesen. Keiner wurde auf Antrag des Ausschusses beschloßen, den Magistrat zu ersuchen, die Einweisung in die Stufen der Lohnliste künftig so vorzunehmen, daß die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter nicht unter denjenigen der ent-



sprechenden Arbeiter der hiesigen Privatindustrie bleiben. Der Antrag des (Arbeiterausschusses) wurde abgelehnt.

Es folgte eine längere Debatte über die Frage, ob auch wirklich alle Arbeiter, die es verdienen, ständig angestellt werden. Die Stadträte Dr. Matti und Moll verhielten sich, der Magistrat übe in dieser Richtung eine sehr scharfe Kontrolle aus und Sorge dafür, daß jedem sein Recht werde. Trotzdem beantragte der Ausschuss, den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß diejenigen Arbeiter, die nach längerer Beschäftigung aus einem nicht in ihrer Person liegenden Grunde ausscheiden müssen, nicht vom Austritt in das händige Arbeitsverhältnis ausgeschlossen werden. Nachdem sich besonders die Stadtvv. Goll, Hüttmann, Dr. Luard, Dr. Belfi und Dr. Prud für den Antrag ausgesprochen hatten, wurde er angenommen.

Der Magistrat hat den ständigen Arbeitern mit großer Familie einen Mietzuschuß gewährt, der bei drei oder vier Kindern 5 Mk. monatlich und bei mehr Kindern 10 Mk. beträgt. Der Ausschuss beantragt, den Zuschuß auf 8,50 Mk. und 12,50 Mk. zu erhöhen. Arbeiter, deren Familien nicht hier wohnen, und die nur alle Woche nach Hause fahren, sollen keinen Zuschuß erhalten.

Stadtv. Mupp schlug vor, in der Kommission zu prüfen, ob eventuell gleichzeitig mit der vorgeschlagenen Erhöhung des Minimallohnes die Erhöhung des Mietgeldes aufrecht erhalten werden soll. Ferner solle sie sich nochmals überlegen, ob nicht doch den auswärts wohnenden Familien der Zuschuß zu gewahren ist. Es liege im Interesse der Stadt, wenn möglichst viele Leute draußen wohnen.

Stadtv. Dr. Luard wandte sich gegen die Ausführungen Mupp und empfahl die unveränderte Annahme des Ausschussantrages. Im gleichen Sinne sprachen sich die Stadtvv. Dr. Strickheim, Goll und Trommershausen aus.

Stadtrat Dr. Matti bekämpfte die vorgeschlagene Erhöhung, sprach aber zugunsten der nach Hause fahrenden Arbeiter. Es liege gar kein Grund vor, ihnen den Mietzuschuß, den sie schon seit 1. April bekommen, zu entziehen. Der Stadt kann es nur recht sein, wenn nicht alles nach Krampfdruck gebricht wird.

Nach längerer Debatte, in der u. a. die Stadtvv. Schubert und Feiß dem Antrage Mupp zustimmen, wurde der Kommissionsantrag angenommen, jedoch der Mietzuschuß für die auswärts Wohnenden wiederbeseitigt.

**In der letzten Dezemberhälfte des Jahres 1905 wurde für verheiratete Arbeiter ein Minimallohn von 4 Mark pro Tag beschlossen!**

Stadtv. Dr. Prud begründete eingehend den einstimmigen Antrag des Sonderausschusses, den ständigen städtischen Arbeitern, die verheiratet sind oder Kinder zu unterhalten haben, einen Mindestlohn von 4 Mk. zu bewilligen. Der Mehraufwand würde 107.000 Mk. betragen. Ein Antrag, die ganze Lohnliste entsprechend umzuarbeiten, fand im Ausschuss keine Mehrheit.

Stadtrat Dr. Matti wandte sich namens des Magistrats gegen den Ausschussantrag, der zu Ungleichheiten und schließlich zu ganz bedeutenden Ausgaben führen würde, denn bei der Erhöhung des Minimallohnes allein könne man nach Annahme des Antrages nicht stehen bleiben. Schließlich konnte man auch zu Aufbesserungen für die unständigen Arbeiter und damit zu der früher berechneten Mehrelastung von über 100.000 Mk.

Stadtv. Goll trat energisch für den Ausschussantrag ein. Für einen verheirateten Mann sind wirklich 4 Mk. ein Existenzminimum. (Zustimmung.)

Stadtv. Hüttmann legte in längeren Ausführungen den sozialdemokratischen Standpunkt dar, empfahl jedoch ebenfalls als Abschlusszahlung den Ausschussantrag. Stadtv. Heil behauptete, wie bereits früher, daß im Hafen eine größere Zahl von Arbeitern, die zwölf Jahre beschäftigt seien, nur 3,50 Mk. Tagelohn erhalten. Stadtrat Dr. Matti erklärte demgegenüber mit aller Entschiedenheit, daß kein handiger Arbeiter mit dieser Dienzeit nur 3,50 Mk. bekomme. Nach weiteren Ausführungen des Stadtv. Max trat der Berichterstatter Dr. Prud nochmals entschieden für den Ausschussantrag ein. Die Abstimmung ergab dessen Annahme.

**Seitbronn.** Die städtischen Arbeiter haben, wie jüngst bei der Errichtung eines Arbeiterausschusses schon mitgeteilt, der Stadtverwaltung eine große Reihe von Wünschen unterbreitet. Sie verlangen in ihrer Eingabe, die schon vor mehr als Jahresfrist datiert ist: 1. die Errichtung eines Arbeiterausschusses; 2. die Aufstellung einer allgemeinen Arbeitsordnung für sämtliche städtische Betriebe; 3. die häufigere Zahlung des Lohnes nach Tagen statt nach Stunden; 4. die Festsetzung eines Minimallohnes für die vollarbeitenden Arbeiter auf 3 Mk. und Festsetzung von Steigerungen bis 3,50 Mk., bei für qualifizierten Arbeitern von 1 bzw. 1,50 Mk.; 5. Bezahlung der in der Woche fallenden Feiertage als Arbeitstage; 6. Regelung des Urlaubs; 7. Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Arbeitslohn; 8. Errichtung einer Pensionskasse für die städtischen Arbeiter; 9. für die Arbeiter des Stadtbades: Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichem Lohn. — Die Behandlung dieser Wünsche war, wie der Vorsitzende ausführte, leider nicht mit der ihm selbst erwünschten Beschleunigung möglich. Inzwischen konnte jedoch der Arbeiterausschuss schon gewählt werden, und die Verhandlungen mit

diesem ergaben, daß eine Anzahl der obigen Punkte zurückgestellt werden kann, nämlich die Anträge betreffend Bezahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Arbeitslohn (in dieser Frage wollen die württembergischen Städte sich überhaupt verständigen), die Urlaubsfrage, Pensionskasse, Arbeitsordnung, Minimallohn. Die übrigen Punkte, über welche der Arbeiterausschuss Beschlüsse fassen möchte, wurden in einer Besprechung mit den Amtsverwaltern in der Verwaltungskommission durchberaten, und das Resultat ist eine Reihe von Anträgen, die in ihrer finanziellen Wirkung eine Verbesserung der Bezüge der städtischen Arbeiter um jährlich 20.550 Mk. bedeuten. Davon entfallen auf den laufenden Etat noch 10.700 Mk. Im einzelnen jagt die Kommission folgendes vor:

1. Einstimmig beantragt wird die Bezahlung der in die Wochen fallenden Feiertage als Arbeitstage mit Rückwirkung auf 1. April 1905. Es kommen hierbei im Jahre acht Feiertage in Betracht. Der Aufwand beträgt 5500 Mk.

2. Vorgeschlagen wird eine allgemeine Lohnaufbesserung von 1 Pf. pro Stunde, vor allem mit Rücksicht auf die verteuerte Lebenshaltung, und zwar für die Arbeiter des Tiefbauamtes, der Hochbauamter und der Güterinspektion. Die Arbeiter des Stadtbades und des Gaswerkes werden besonders behandelt. Mehraufwand pro Jahr 6000 Mk. Von der ersten Lohnzahlung 1906 an 1500 Mk.

3. Die Bezahlung nach Tagelohn soll beim Tiefbauamt, den Hochbauämtern und der Güterinspektion abgelehnt und nach wie vor nach Stunden bezahlt werden. Tagelohn soll der Stundenlohn im Winter erhöht werden, bei achtstündiger Arbeitszeit um 1 Pf., bei neunstündiger um 2 Pf. pro Stunde. Mehraufwand pro Jahr 5000 Mark, vom 1. Januar 1906 ab mehr 2800 Mk. Beim Gaswerk: je nach der Dienstleistung des einzelnen soll die Aufbesserung bis 5 Pf. betragen. Mehraufwand pro Jahr 3150 Mk.; vom 1. Januar 1906 ab 900 Mk.

4. Für die Arbeiterinnen im Stadtbad soll die Dienzeit um nahezu zwei Stunden pro Tag gekürzt werden. Wochentag jeder dritte Sonntag soll frei sein. Bei Hebeisenden und Sonntagsarbeit 25 Proz. Zuschlag. Die Feiertage werden bezahlt.

Gemeinderat Tabler: Im großen ganzen sei er zufrieden mit den Vorschlägen der Kommission. Nur mit der ferneren Bezahlung des Lohnes nach Stunden sei er nicht einverstanden. Darin liege aber gerade hauptsächlich die beabsichtigte Verbesserung der sozialen Lage der städtischen Arbeiter. Bei der städtischen Verwaltung und besonders beim Tiefbauamt herrsche ein ungünstiges System: es sei vorgekommen, daß Arbeiter, die schon vier bis sechs Jahre bei der Stadt arbeiteten, im Krankheitsfall einfach abgemeldet wurden und bei ihrer Wiederanstellung neu angemeldet und dann in eine niedrigere Lohnklasse gesetzt wurden. Der Medner führt einige Fälle für diese Vorgehensweise an und erhebt dann Anträge gegen den Gaswerksverwalter Weg, der bei Einstellung von Arbeitern sich erkundige, ob diese politisch oder gewerkschaftlich organisiert seien. Das liege doch nicht im Interesse der Stadtverwaltung. Der Verwalter sollte nur darauf sehen, daß er tüchtige, gute Kräfte bekommt. Vorstehender: Er habe an dieser Stelle schon mehrfach ausgesprochen, daß es der Stadtverwaltung einerlei ist, in welchen politischen oder religiösen Verhältnissen die Arbeiter und Angestellten stehen. Er möchte immerhin anzuweisen, daß solche Nachforschungen vom Verwalter Weg angelehnt wurden. Was die Vorwürfe gegen das Tiefbauamt betrifft, so handele es sich bei diesem um Leute, die alle erst zur Stadt kommen, nachdem sie ihre Kräfte in anderen Betrieben verbraucht haben und also nicht mehr als Vorkarbeiter angestellt werden können. Der springende Punkt bei der Regelung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter, die nach den heutigen Vorlagen über mangelnden Entgelt kommen der Stadtverwaltung gewiß nicht klagen können, liege übrigens nicht darin, wie Gemeinderat Tabler anführte, daß für Sommer und Winter gleiche Bezahlung erfolgt, sondern darin, daß die städtischen Arbeiter an sich nicht unvorteilhafte Erhöhung ihrer Bezüge erfahren. Dabei sind die anderen Punkte ihrer Eingabe nicht abzulehnen, sondern nur zurückzustellen. Er werde sowohl die Einführung einer Anwartschaft wie auch die Urlaubsgewährung befürworten. Stadtbaurat Meppeler tritt den Vorwürfen Tablers entgegen und weist aus den Vorklären nach, daß zwei der von Tabler genannten Arbeiter jetzt mehr, der Dritte das gleiche wie vor der Erkrankung verdienen. Vorstehender: Der Vorstand, daß beim Tiefbauamt nach dieser Summe ein ungünstiges System herrsche, sei also unbedeutend. Gemeinderat Schäffer konstatiert, daß in einem ihm bekannten Fall ein Arbeiter nach personlicher Verwendung bei dem Vorstand des Tiefbauamtes sofort wieder eingestellt wurde. — Weiter drehte sich die Debatte um die Bezahlung der Arbeiterinnen beim Stadtbad, da nach einer wie sich ergab irrtümlichen Auffassung die Meinung vertreten war, daß diese mit der Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Minderung des Lohnes erfahren würden. Dies trifft jedoch, wie die Aussprache schiedelte, nicht zu; die Bezüge dieser Arbeiterinnen bleiben sich gleich oder erfahren eine, wenn auch nur einige Mark betragende, Erhöhung. — Im übrigen wurden die Anträge der Kommission angenommen.

Um 6½ Uhr trat das Kollegium in eine nichtöffentliche Sitzung ein.

**Leipzig.** Ein „Zummelplatz für Arbeiterinteressen“ soll nach Ansicht gewisser bürgerlicher Herren der Stadtverordnetenversammlung werden, sobald daselbst Arbeiterverhältnisse zur Sprache kommen. Diese Behauptung ist in der Sitzung am 13. Dezember 1905 offen ausgesprochen worden, und zwar nicht von einem Vertreter der Großindustrie, sondern von dem Stadtverordneten Pohme, der sich zu den Mittelständlein und Hausbesitzerparteiern zählt. Gewiß mag manchem der bürgerlichen Herren die Tatsache recht unangenehm gewesen sein, daß bei der sehr langen und reichhaltigen Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung auch noch die Verhältnisse der Arbeiter in den städtischen Betrieben angeschnitten wurden. Deshalb aber von einem „Zummelplatz“ für Arbeiterinteressen zu reden, ist denn doch eine Annäherung, die um so mehr dadurch gekennzeichnet wird, daß man auch geteilt wieder gleich zu Anfang der Sitzung deutlich genug bewiesen hat, daß man die sozialdemokratischen Stadtverordneten und damit auch die große Zahl der hinter ihnen stehenden Wähler einfach „links liegen“ läßt.

Die Sitzung begann nämlich mit der Wahl von sieben Stadträten. Von der „ständig schwachen Feschung der Rechten“, auf die vor kurzem noch der Stadtverordnetenvorsteher hinweisen konnte, war nichts zu spüren. Auch die Hausbesitzerpartei war vollzählig vertreten. Beide Parteien hatten natürlich lange zuvor die Stadtratsspitzen hübsch unter sich verteilt und brauchten nur noch darauf bedacht zu sein, daß sie ihre „Geschäfte“ auch durch die Abstimmung begeherten. Der Plan gelang. In jedem der sieben Wahlgänge erhielt der von den sozialdemokratischen Stadtverordneten vorgeschlagene Kandidat stets nur 12 bzw. 13 Stimmen, während die bürgerlichen Stadtratskandidaten „glatt gewählt“ wurden. Fast eine Stunde hat diese Wahl gedauert, und sicherlich hat sie große Anforderungen an die Geduld des ganz außerordentlich zahlreich erschienenen Publikums auf der Zuschauertribüne gestellt.

Dann aber kam das Motto 1, Ratssitze, des städtischen Haushaltsplans zur Beratung und dabei kam auch wieder „Leben in die Pude“. Von sozialdemokratischer Seite wurden die in den städtischen Betrieben bestehenden Arbeitsverhältnisse zur Sprache gebracht und gebührend beklagt. Die Arbeiterausschüsse, der Mangel jährlicher Einberufungen in den Arbeiterverhältnissen, das Demunzationswesen, Karyagelungen städtischer Arbeiter und manches andere gaben hinreichend Gelegenheit zu scharfer Kritik. Der Bürgermeister antwortete im Namen des Rats, und Bedingung verdienen seine Ausführungen darüber, daß die Stadt Leipzig noch nicht ein Krisenjahr bekennt, das die Arbeiterverhältnisse regelt, sowie darüber, daß den städtischen Arbeitern — wenn nichts dazwischen kommt — auf bestmöglicher Weise eine Lohnerhöhung zuteil werden wird. Die Ansicht des Bürgermeisters, daß „das Demunzieren ein gutes Recht des Staatsbürgers“ ist, wird man aber entschieden ablehnen müssen, und bei unseren Kollegen hat es auch wenig Eindruck hinterlassen, daß man ihnen Wohlthaten aufzählt, die sie in den letzten Jahren in reichlichem Maße genossen haben sollen, so lange man sich nicht dazu verstehen kann, das, was geschaffen ist und was noch gefordert wird, nicht als Wohlthaten, sondern als ein gutes Recht der Arbeiter anzuerkennen. Da von dem sozialdemokratischen Medner bestritten wurde, daß die Arbeiter beim Tiefbauamt den ortsüblichen Tagelohn erhielten und da ferner kritisiert wurde, daß man Arbeiter gemäßigert habe, die in Versammlungen ebenfalls behauptet hatten, daß die Löhne den ortsüblichen Tagelohn nicht erreichten, so suchte Stadtbaurat Kranze sofort das Gegenteil nachzuweisen. Aus dieser Beweisführung geht aber hervor, daß tatsächlich der ortsübliche Tagelohn, der in Leipzig 3,50 Mk. beträgt, nicht gezahlt wird, und somit haben die Arbeiter recht. Herr Stadtbaurat Kranze aber rechnet den Jahresarbeitsverdienst in Tagelöhne um, und da zeigt sich, daß die einzelnen Tagelöhne der städtischen Arbeiter meist dem ortsüblichen Tagelohne gleichkommen. Danach hat also der Stadtbaurat recht. Welchen Rechnung aber da, wo es sich um Tagelohn handelt, die richtigere ist, dürfte um so leichter zu begreifen sein, als wohl anzunehmen ist, daß in dem Jahresarbeitsverdienst auch die Einnahmen für Heberstunden, Sonntagsarbeiten, enthalten sind, diese Art von ortsüblichem Tagelohn also nur durch besondere Entnahmen erzielt werden kann.

Ganz aus dem Hänschen geraten waren aber die mittelständfreundlichen Herren. Der sozialdemokratische Medner hatte darauf hingewiesen, daß die bürgerlichen Parteien sich, sobald Arbeiterverhältnisse zur Sprache kommen, in tiefes Schweigen hüllen. Das traf wie ein Peitschenhieb und verursachte auch in der Mitte des Saales lebhaftes Bewegung. Herr Pohme, der noch unlängst erklarte, daß er viel liberaler sei, als man annehme, sprach das Wort aus, daß der Stadtverordnetenversammlung ein Zummelplatz für Arbeiterinteressen werde, und weiter droht: Der Herr Damit, daß sich die Arbeiter die Sympathien der Bürgerlichen verschaffen würden. Das wirkte natürlich sehr komisch. Drei Medner hatte die sozialdemokratische Fraktion bei dieser Debatte ins Feuer geschickt.

Der nächste Tagesordnungspunkt betraf eine Regelung der Gehälter und eine Festschickung der Polizeibeamten. Auch hier entspann sich eine sehr lange und ausgiebige Debatte. Aber keinem Menschen, besonders keinem Sozialdemokraten ist es eingfallen, hier etwa von einem „Zummelplatz für Beamteninteressen“ zu

reden. Im Gegenteil. Auch die Sozialdemokraten traten warm für die Verjettung dieser Beamten ein.

Die weiteren Verhandlungen nahmen, obgleich sie bis Mitternacht dauerten, einen weniger aufregenden Verlauf. Für einen „Zummelplatz für Arbeiterinteressen“ wird man den Stadtverordnetenversammlung nicht so leicht wieder halten können, denn leider bietet sich nur einmal im Jahre, nämlich bei der Statberatung, Gelegenheit, Arbeiterverhältnisse zur Sprache zu bringen. Für die übrige Zeit des Jahres wird man dann wiederum genug und mit viel größerem Rechte von einem Zummelplatz für Hausbesitzer- und Geldsacksinteressen reden können.

**Nürnberg.** In der Gemeindefolkollegiumsitzung vom 5. Dezember vorigen Jahres wurde eine Bekanntmachung des Bauamtes mitgeteilt, wonach bei jeder Einnahme von Speisen die Arbeiter der Grubenentleerung eine gründliche Reinigung der Hände vornehmen sollen. Daran knüpft das Bauamt die Bemerkung: daß die Arbeiter diese Vorschrift nicht befolgen, ein Teil sei zu bequem, sich vor der Nahrungsaufnahme die Hände zu reinigen, sie lämen ungewaschen zur Arbeit, wie sie ungewaschen ins Bett gehen. Diese Bemerkung hätte sich das Bauamt ersparen können. Nicht als ob man Arbeiter, die sich nicht reinigen, in Schutz nehmen wollte, sondern es handelt sich darum, daß das Bauamt aber auch ein gar nichts freiwillig dazu getan hat, um die sanitären Verhältnisse in der Grubenentleerung einigermaßen zu bessern, sondern immer nur der Not gehorchend, wenn in der Presse, das heißt in der „Kranftischen Tagespost“, die Schweinerei kritisiert wurde und von oben herab Lrder kam, wurde es etwas gebessert. Das Sprichwort ist heute noch wahr: „Löse Beispiele verderben gute Sitten.“ Wenn es bis vor kurzem noch gang und gäbe war, daß man bei der Latrinereinigung mit den von der elektrischen Arbeit beschnittenen Händen die Nahrung zu sich nehmen mußte, um im nächsten Augenblick die Nahrung wegzulegen und die Arbeit wieder aufzunehmen, weil ein Arbeiter angekommen war, das sofort befridigt werden mußte, so wird der Mensch dabei nach und nach zum Schwein. Dafür kann er aber weniger, als die bestehenden Einrichtungen und Verhältnisse mit ihrer „Eigentümlichkeit“, wie Herr Oberbaurat Weber einmal in bezug auf die Latrinereinigung sagte. Herr Dr. Schrent soll nun in seinen künftigen Vorträgen die Grubenarbeiter auf den hohen Wert der Keuschheit hinweisen. Das wird gewiß seinen Zweck nicht verfehlen. Aber würde es nicht besser sein, wenn Herr Dr. Schrent sich einmal Mühe geben würde, zu beobachten, wie die Arbeitszeit eingehalten wird, welche Heberstunden gemacht werden müssen, wann die Leute abends nach Hause kommen, ob es noch möglich ist, ein Brausebad offen zu finden, wenn am Sonnabend Feterabend ist und wie die Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause geregelt ist? Wenn Herr Schrent das Material gesammelt und zu einem Vortrag ausgearbeitet hat, möge er den gesamten Rat der Stadt Nürnberg, beide gemeindliche Kollegien zu einer Sitzung zusammenberufen und ihnen einen Vortrag halten über „Die Erfordernisse einer geregelten Arbeitszeit, einer geregelten Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause, über das Schwäbische des Vergebens der Führen an Privatunternehmer für die Arbeiter und Fierde usw.“ Die Grubenarbeiter hegen das Vertrauen zu Herrn Schrent, daß er dem hohen Rat ungeschminkt die Wahrheit sagen wird. Die beiden Gemeindefunktionierten Mirsberger und Mäfer haben den Grubenarbeitern scharflich imponiert. Sie, die Herren Mirsberger und Mäfer, bedauern im Interesse der Arbeiter selbst, daß sie zum Teil nicht reinlich genug seien. Die Grubenarbeiter bedauern auch in ihrem Interesse selbst, daß man im hohen Rat über Dinge spricht, über die man sich nicht informiert hat. Es wurde vor mehr als drei Jahren der Stadtmagistrat darauf aufmerksam gemacht, daß an den Sonnabenden bis 7 und 1/2 Uhr geteipt werden muß, bis die Leute ihren Lohn in der Grubenentleerung erhalten. Auf dieses hin mußten die Grubenarbeiter an den Sonnabenden um 5 Uhr ihren Lohn erhalten haben. Die Zeiten sind aber vorbei, wenn heute auch nicht geteipt wird, so kommen die Grubenarbeiter vor 6, 1/2 und 7 Uhr von der Arbeitsstätte nicht weg. Also die alte Schlampe! Ebenso wird es an den Werktagen. Von 5 Uhr früh an bis abends 7 und 1/2 Uhr wird gearbeitet und dann soll man noch in ein Brausebad!

## Verbandsteil.

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:  
**Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24.**

Telephon: Amt IX, 6188.

## Quittung der Hauptkasse.

Am Dezember 1905 gingen noch folgende Gelder ein: „Die Gewerkschaft“ für Abonnements und Annahmen 99,60 Mk. Sammellisten für die Gasarbeiter Konferenz 1012,40 Mk. Bestand der ehemaligen Arantengeld-Zusatzklasse 173,85 Mk. und die Zinsen von diesem Betrag 7,95 Mk. Zensfuge Einnahme durch Pöwader 1 Mk. An Rückporto 6,90 Mk.

| Von Einzelmitgliedern: |         |           |                 |
|------------------------|---------|-----------|-----------------|
| Nr. 30162              | 2,70 M. | Nr. 39853 | 3, - M.         |
| 30200                  | 4,80    | 39854     | 2,70            |
| 33102                  | 3, -    | 39886     | 4, -            |
| 33108                  | 3, -    | 40956     | 1,75            |
| 33131                  | 1, -    | 42217     | 1, -            |
| 33150                  | 3,60    | 42239     | 1, -            |
| 33154                  | 4, -    | 42429     | 1,75            |
| 33159                  | 5, -    | 46638     | 1, -            |
| 33975                  | 3,30    | 46647     | 1, -            |
| 33978                  | 0,00    | 46648     | 3,30            |
| 33984                  | 2,75    | 46649     | 3,30            |
| 37600                  | 1, -    | 46650     | 4,20            |
| 37697                  | 1, -    | 47617     | 1, -            |
| 38679                  | 2,50    | 50411     | 3,00            |
|                        |         |           | Summa 113,85 M. |

G. A. Mann, Hauptkassierer.

**Briefkasten.**

Wenn unser Verbandsorgan unter allzu starkem Stoffandrang „leidet“, so ist das eigentlich kein Leiden, sondern ein sehr erfreulicher Zustand. Es ist ein Zeichen dafür, daß unsere Bewegung im Vorwärtsschreiten begriffen ist. Wir haben schon seit über zwei Jahren diesen sehr erfreulichen Zustand zu verzeichnen, nur wird die Sache sehr unerfreulich dadurch, daß man das Papier nicht wie Manuskul aus einandersiehen kann, um recht viel darauf zu bringen. Der Interessentenkreis für unsere Zeiter ist ein so weitgespannter, daß unser Blatt in seiner jetzigen Größe und Erscheinungsweise mindestens 16 Seiten stark regelmäßig herausgegeben werden müßte. Die Arbeiterpolitik in über 40 deutschen Großstadtgemeinden bietet allein schon einen gewaltigen Stoff zur Verarbeitung. Dazu kommen noch die vielen sonstigen Erscheinungen des öffentlichen Lebens, die für unsere Mitglieder wichtig sind. Dies alles konnte nur in sehr unzulänglichem Maße bisher gebracht werden, weil unser Verbandsorgan für unsere Bewegung von vornherein zu klein, d. h. die dafür ausgeworfenen Mittel viel zu unzulänglich sind. Das zeigt sich jetzt von Woche zu Woche in verstärktem Maße. Nun kommt noch die eigene Bewegung hinzu. Versammlungsberichte usw. Gar nicht zu reden von der Berichterstattung über die gesamte deutsche und ausländische Gewerkschaftsbewegung. Der Vorstand besaßte sich in letzter Sitzung wieder mit der Angelegenheit und lehnte trotz der anerkanntesten Dringlichkeit eine Vergrößerung der Zeitschrift mit Rücksicht auf die dafür ausgeworfenen Mittel ab. Dies ist der Grund, warum viele Berichte nicht gleich gebracht werden konnten, und weshalb aller Zeit ungedruckt wieder abgelegt werden mußte, weil die Sachen inzwischen veraltet waren. Alle neueren Einwendungen müssen deshalb zurückgestellt werden, um wenigstens das Dezembermaterial nicht ganz wertlos werden zu lassen. Heinrich Bürger.

**Anzeigen.**

**Totenliste des Verbandes.**

**Adolf Fiedler, Berlin,**  
Sektion II  
† 26. Dezember 1905, im Alter  
von 37 Jahren.

**Andreas Nielson, Kiel,**  
† 2. Januar 1906, im Alter  
von 60 Jahren.

Ehre ihrem Andenken.

Unserem Verbandskollegen  
**Adam Köhn nebst Frau**  
zu ihrer am 3. Nov. 1905  
stattgefundenen Hochzeit  
die herzl. Glückwünsche!  
Die Kollegen der Filiale  
Mainz.

Unserem Kollegen  
**Jakob Boller nebst Frau**  
zu ihrer am 24. Dez. 1905  
stattgefundenen Hochzeit  
die herzl. Glückwünsche!  
Die Kollegen der Filiale  
Mainz.

Unserem Kollegen  
**Karl Wenzel nebst Frau**  
zu ihrer am 30. Dezember 1905 stattgefundenen Hochzeit die  
herzlichsten Glückwünsche!  
Die Kollegen der Filiale Mainz.

Unserem Kollegen  
**Otto Häfner nebst Frau**  
zu ihrer am 19. Okt. 1905  
stattgefundenen Hochzeit  
nachträglich  
die herzl. Glückwünsche!  
Die Kollegen der Filiale  
Mainz.

Unserem Kollegen  
**Johann Keiper nebst Frau**  
zu ihrer am 13. Jan. 1906  
stattgefundenen Hochzeit  
die herzl. Glückwünsche!  
Die Kollegen der Filiale  
Mainz.

**Filiale München.**  
Unserem Verbandskollegen  
**Heinrich Krauß**  
zu seiner am 20. Januar  
1906 stattfindenden  
Hochzeitsfeier  
die besten Glückwünsche.  
Sektion Gasanstalt Tal-  
kirchnerstraße.

**Sektion  
Berlin - Schmaragdort.**  
Unserem Kollegen  
**Wilhelm Klaphinski  
nebst Frau**  
zur silbernen Hochzeit  
am 16. Januar 1906 die herz-  
lichsten Glückwünsche.  
Die Sektionsleitung.

**Achtung! Dresden Achtung!**  
Dienstag, den 30. Januar 1906, abends 8 Uhr, im großen  
Saale des „Volkshauses“, Nützenbergstr. 2:

**Ördentl. General-Versammlung**

- Tages-Ordnung:
1. Jahres- und Nebenbericht.
  2. Neuwahl der örtlichen Verwaltung.
  3. Die Gehaltsregelung des Vertrauensmannes.
  4. Anträge aus den Kreisen der Mitglieder.
  5. Verbandsangelegenheiten.
- Anträge müssen bis spätestens den 25. Januar 1906 eingereicht werden. Die Mitgliedsbücher sind vorzulegen. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird entgegen.  
Die Ortsverwaltung  
J. H. Joh. V. Lichen.

**Filiale Magdeburg**

Sonntag, den 28. Januar 1906, vormittags 10 1/2 Uhr:  
im „Dreikaiserbund“, Gr. Storchstr. 7:

**Öffentl. Versammlung**

- Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Reims über: „Die Fleischnot“.
  2. Wie stellen wir uns zu dem Antrage betreffs einer Feuerungszulage an den Magistrat?
  3. Verschiedenes.
- Jeder Kollege, der Interesse an der Verbesserung seiner Lage hat, ist deshalb verpflichtet zu erscheinen, denn nur durch einiges Zusammenstehen können wir etwas erreichen.  
Der Einberufer.

**Achtung! Düsseldorf Mitglieder! Achtung!**

Vant Beschluß der General Versammlung vom 7. Januar wird ab 1. Januar 1906 ein Votuzuschlag von 5 Pfennig erhoben. Der Ertrag wird zur Deckung der Beiträge zur Gesundheitskommission und Arbeiterssekretariat dienen. Außerdem wird hiermit die Delegiertensteuer sämtlicher Mitglieder befristet. Von der Zahlung der Delegiertensteuer sind demnach hinfür die Mitglieder befreit. Die restliche Summe soll, getrennt von den anderen Geldern, ein Fonds zu einer Krankenunterstützung bilden. Die weiteren Bestimmungen für diese und sonstige Unterstüngen aus diesem Fonds beschließen die Mitglieder in den nächsten Mitgliederversammlungen. Wir erfinden alle Kollegen im Interesse der weiteren Ausbreitung unseres Verbandes und einer ordentlichen Geschäftsführung, die Neuordnung der Beitragsleistung gebührend zu beachten. Die Geschäftsleitung.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben bediensteten Arbeiter und Unter Angestellten G. A. Mann, Fernwärtlicher Redaktions- u. Druckerei, beide Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24. — Druck: Fortwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zenger & Co., Berlin SW. 65, Lindenstr. 63.